



Niederschrift Nr. 6

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 7. Juni 2011 von 18:01 Uhr bis 19:36 Uhr im Bürgersaal des Rathauses Furtwangen

Vorsitzender: Bürgermeister Josef Herdner

Zahl der anwesenden Mitglieder: 16 + BM = 17 (Normalzahl: 19)

Namen der nicht anwesenden Mitglieder: Stadtrat Joachim Dorer (v)
Stadtrat Dr. Stefan Scheit (v)

Schriftführer: Angela Klein
Carmen Grieshaber (TOP 5)

Stadtverwaltung: Ortsvorsteher Hall, Ortsvorsteher Wehrle,
Frau Grieshaber, Herr Baumer, Herr Wekker, Herr Dold

Sonstige: ./.

Besucher: 15

Presse: 1

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **31.05.2010** ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am **01.06.2010** ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. der Gemeinderat beschlussfähig ist, weil mindestens 10 Mitglieder anwesend sind;
4. zur Unterzeichnung der Niederschrift **Stadtrat Odin Jäger** und **Stadtrat Dirk Ebeling** bestimmt werden.

TOP 1 Aktuelle Stunde

TOP 1.1 Anfrage von Einwohnern (Bürgerfragestunde)

Es liegt nichts vor.

TOP 1.2 Bericht über die Erledigung von Gemeinderatsangelegenheiten

Der Bericht wird von Bürgermeister Herdner abgegeben:

Vorstellung Schulraumkonzept; Schulraumsituation und Schülerzahlen 2010-2018

Das Schulraumkonzept wird fortgeschrieben. Die baurelevanten Parameter werden vom Bauamt weiter begleitet und jeweils überprüft.

Die Verwaltung beobachtet die Entwicklung in der Bildungslandschaft weiter und berichtet erneut im Gemeinderat.

Änderung der Marktsatzung; Einführung eines zusätzlichen Wochenmarkttages

Bekanntmachung der Änderungssatzung im Bregtalkurier Nr. 20 vom 18.05.2011.

Bürgermeister Herdner teilt mit, dass derzeit Gespräche mit Interessenten für diesen zusätzlichen Wochenmarkttag laufen.

Auftragsvergabe: Erneuerung der zentralen Heizungsanlage am Otto-Hahn-Gymnasium Furtwangen

Der Auftrag zur Ausführung der Heizungsanlage ist erteilt.

TOP 2 Benutzungs- und Gebührenordnung für städtische Räume und Hallen der Stadt Furtwangen

Vorlage: GR 168-neu

Bürgermeister Herdner erklärt, die vorliegende Drucksache wurde in den Ortschaftsräten behandelt und neu gefasst.

Zur Jugendmusikschule erläutert Bürgermeister Herdner, es gebe vertragliche Regelungen, wonach Hallenbenutzungsgebühren durch Veranstaltungen der Jugendmusikschule der Stadt zu einem späteren Zeitraum wieder in Rechnung gestellt werden würden. Aufgrund dieser Sonderregelungen sei die Jugendmusikschule von der Benutzungs- und Gebührenordnung nicht erfasst.

Stadtrat Prof. Kühne hat erfahren, dass das Land Baden-Württemberg Zuschüsse zu kommunalen Kinos gibt. Er schlägt vor, bezüglich des Gucklochkinos in den nächsten Haushaltsplanberatungen zu überlegen, ob die Stadt vom Gucklochkino Benutzungsgebühren erheben sollte, um einen entsprechenden Landeszuschuss beantragen zu können.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder möchte wissen, wieso der Mietanteil für die Haupthalle der Jahnsporthalle mit 115,00 Euro pro Stunde so hoch ausfällt.

Herr Wekker antwortet, die Abrechnung der Mietanteile sei größenabhängig. Die Haupthalle der Jahnsporthalle sei größer als die anderen Hallen.

Stadtrat Staudt spricht die Regelung zu den Betriebskostenanteilen in § 12 Abs. 4 an. Er befürchtet, dass bei Verbandsspielen durch die Betriebskostenanteile von 8,50 Euro je Stunden und Hallenteil zu hohe Kosten entstehen könnten.

Bürgermeister Herdner ist der Meinung, dass dieser Kostenanteil übers Jahr gesehen relativ gering sei.

Stadtrat Staudt möchte weiter wissen, ob bei einem 100jährigen Vereinsjubiläum der Bürgermeister persönlich vorbei käme. Bürgermeister Herdner bejaht diese Frage.

Stadtrat Biehler möchte die Stadtmusik beim Jahreskonzert von den Hallengebühren befreit wissen. Dies sei eigentlich eine Veranstaltung der Stadt.

Bürgermeister Herdner sieht das Jahreskonzert der Stadtmusik nicht als offizielle städtische Veranstaltung an.

Stadtrat Riesle teilt mit, die Stadtkapelle sei eine städtische Einrichtung und die Stadt nutze das Jahreskonzert für die Neujahrsansprache. Von daher sei diese Veranstaltung „zweigeteilt“. Er verweist auf den Passus, dass der Bürgermeister im Einzelfall selbst entscheiden kann und wünscht Bürgermeister Herdner hier eine glückliche Hand. Zum anderen könnte die Stadtkapelle einen Antrag auf Befreiung stellen.

Bürgermeister Herdner antwortet darauf, dies sei möglich; im Gegenzug könnte er aber auch auf sein Grußwort beim Neujahrskonzert verzichten.

Ortsvorsteher Hall schlägt vor, den Nachtzuschlag nicht ab 1.00 Uhr sondern ab 2.00 Uhr zu veranschlagen.

Bürgermeister Herdner möchte den Nachtzuschlag bei 1.00 Uhr belassen.

Ortsvorsteher Hall bittet um frühere Rechnungsstellung als bisher.

Bürgermeister Herdner verspricht, diese Anregung mitzunehmen.
Er stellt die Benutzungs- und Gebührenordnung zur Abstimmung:

Beschluss:

Der in der Anlage befindlichen Benutzungs- und Gebührenordnung der städtischen Hallen und Räumlichkeiten wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja, 1 Enthaltung.

TOP 3 Einführung der gesplitteten Abwassergebühr; Festlegung der Abflussfaktoren Vorlage: GR 184

Bürgermeister Herdner teilt mit, dass eine Befliegung bereits stattgefunden habe. Die Daten würden derzeit vom Büro Breinlinger ausgewertet. Als nächster Schritt solle nach der Sommerpause eine Bürgerinformation erfolgen und eine entsprechende Broschüre ausgegeben werden.

Herr Wekker hält den Sachvortrag. Das Schmutzwasser werde weiter nach dem Frischwassermaßstab berechnet die Niederschlagswassergebühr sei abhängig von Größe und Versiegelungsart der befestigten und überbauten Flächen. Es gebe keine gesetzliche Verpflichtung, künftig, wie in der Drucksache dargelegt, vorzugehen. Die vorgeschlagene Vorgehensweise sei allerdings üblich. Ausdrücklich weist er darauf hin, dass mit der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr keine zusätzliche Gebühr erhoben wird und keine zusätzlichen Einnahmen entstehen.

Stadtrat Riesle stellt fest, dass aufgrund der neuen Festlegung der eine oder andere künftig mit höheren Abwassergebühren zu rechnen habe. Er wünscht sich eine Orientierung der Abwassergebühren an der Stadt St. Georgen. Weiter legt er Wert auf eine gute Information der Einwohner mit Flyern, die Beispielrechnungen enthalten. Er möchte wissen, ob geprüft wird, ob sich z.B. unter Rasengittersteinen eine versiegelte (geteerte) Fläche befindet, oder ob grundsätzlich eine Entscheidung zu Gunsten des Eigentümers erfolge. Er könnte sich vorstellen, hierzu Fragebögen an die Grundstückseigentümer zu verteilen.

Bürgermeister Herdner sieht die Beweislast, dass jemand unter einem Pflaster z.B. betonierte oder geteert hat, beim Grundstückseigentümer. Er möchte Pflastersteine als Pflastersteine bewertet wissen, es sei denn, es gebe Grund für eine gegenteilige Annahme.

Stadtrat Sauter erkundigt sich nach dem Zustandekommen der unter Ziffer 2 ba) und bb) vorgeschlagenen Flächenreduzierungen.

Herr Wekker antwortet, diese orientierten sich an einem Vorschlag des Gemeindetags.

Stadtrat Kern kann sich nicht vorstellen, dass Grundstückseigentümer um eine Selbstauskunft herum kommen. Er schlägt vor, in der Zeit, in der die Fragebögen rausgehen, für drei oder vier Wochen eine kompetente Ansprechperson für die Bürger bereit zu stellen. Die Erfahrung zeige, dass kleinere (Einfamilien-) Häuser von der neuen Regelung profitieren würden. Gleichzeitig bestätigt er, dass keine zusätzlichen Einnahmen zu erwarten sind. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass die Klärg Gebühr weiter erhoben wird.

Auch Stadtrat Hog wünscht sich Beispielrechnungen in dem Informationsflyer für die Bürger.

Beschluss:

Im Rahmen der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr werden folgende Regelungen beschlossen:

1. Abflussfaktoren
 - a) vollständig versiegelte Flächen Abflussfaktor 0,9
(z. B. Dachflächen, Asphalt, Bitumen)
 - b) stark versiegelte Flächen Abflussfaktor 0,6
(z. B. Fugenoffene Flächen mit Pflaster, Platten, Verbundsteine, Rasenfugenpflaster)
 - c) wenig versiegelte Flächen Abflussfaktor 0,3
(z. B. Kies, Schotter, Schotterrasen, Porenpflaster Rasengittersteine, Gründächer)

2. Behandlung von Regenwasserzisternen
 - a) Flächen, die in eine Zisterne ohne Anschluss an die öffentliche Kanalisation entwässern, bleiben unberücksichtigt (gebührenfrei).
 - b) Zisternen mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation werden ab einer Größe von 2 cbm je nach Nutzungsart wie folgt berücksichtigt:
 - ba) Nutzungsart Gartenbewässerung: je cbm Zisternenvolumen erfolgt eine Flächenreduzierung der angeschlossenen Flächen um 8 qm
 - bb) Nutzungsart Brauchwasserentnahme: je cbm Nutzvolumen erfolgt eine Flächenreduzierung der angeschlossenen abflussrelevanten Flächen um 15 qm.

Es werden maximal 100 % der angeschlossenen abflussrelevanten Flächen reduziert.

3. Versickerungsanlagen:
Flächen, die an eine Versickerungsanlage, wie beispielsweise eine Sickermulde oder eine Rigolenversickerung, angeschlossen sind, bleiben unberücksichtigt (gebührenfrei).

Abstimmungsergebnis: einstimmig Ja.

TOP 4 Auftragsvergaben

TOP 4.1 Beschaffung neuer Urnen-Stelen Vorlage: GR 183

Bürgermeister Herdner erwähnt die vorherige Besichtigung der vorhandenen Urnenstelen auf dem Furtwanger Friedhof. Die Begehung habe ergeben, dass sich die Gemeinderäte weitgehend einig seien. Es gebe einen steigenden Bedarf an Stelen. Auch seien die vorhandenen Stelen fast komplett belegt. Er schlägt vor, die Planung so fortzuführen und bei weiterem Bedarf an Stelen erneut im Gemeinderat zu beraten.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder bejaht den steigenden Bedarf. Es seien lediglich vier Plätze frei. Er fragt nach, ob die benötigte überplanmäßige Ausgabe bei der derzeitigen Haushaltssituation machbar sei. Ihn interessiert, ob es eine entsprechende Begründung gebe. Die Kreisumlage müsse von der Einnahmeseite abgezogen werden. Ihn interessiert weiter, ob es im Haushaltsplan vorrangigere Maßnahmen gebe. Er schlägt vor, statt neun nur drei Stelen zu verwirklichen.

Bürgermeister Herdner rechnet damit, dass bei Durchführung der Maßnahme relativ schnell finanzielle Rückflüsse kommen. Man benötige zur Finanzierung eine überplanmäßige Ausgabe, diese sei jedoch durch den Bedarf begründet. Grundsätzlich halte er es nicht für gut, wenn dieses Angebot nicht ständig vorgehalten werden könnte.

Herr Baumer ergänzt, den bei den bisherigen Urnenstelen verwendeten Stein gebe es künftig nicht mehr. Sollten weitere Stelen erst wesentlich später bestellt werden, müsse man auf andere Steine ausweichen.

Auf diesem Hintergrund spricht sich Stadtrat Prof. Kühne dafür aus, „doch größer ranzugehen“, um eine ständige Baustelle zu verhindern. Dies sei dann von der Kostenseite her günstiger. Der Wille der Bevölkerung spräche dafür. Zum anderen sollten seiner Meinung nach Urnen nicht monatelang aufbewahrt werden müssen. Sollten die Urnenstelen jetzt nicht verwirklicht werden, müsse die Bevölkerung darüber aufgeklärt werden, welche Bestattungsmöglichkeiten es alternativ gebe. Hierzu müsste unter Umständen mit dem Bestattungsunternehmen gesprochen werden. Stadtrat Prof. Kühne wünscht sich eine baldige Bepflanzung, um die Maßnahme abzuschließen.

Bürgermeister Herdner sagt zu, dass er mit den Bestattungsunternehmen entsprechende Gespräche führen wird. Auch er möchte die Maßnahme abgeschlossen wissen.

Stadtrat Sauter pflichtet Stadtrat Prof. Kühne bei. Er regt an, die Friedhofsordnung dringend zu überdenken und zu prüfen. Hier habe sich in der Handhabung zwischenzeitlich Vieles geändert. Grundsätzlich gehe der Trend in Richtung Urnenbeisetzung. Dies habe auch Auswirkung auf die Gebühren.

Stadtrat Kern erinnert daran, dass die Friedhofsordnung erst überarbeitet wurde. Derzeit habe man eine Kostendeckung in Höhe von ca. 50%. Der Gemeinderat habe einen Kostendeckungsgrad von 70% gefordert. Da sich die Friedhofsstruktur ändere, sollten die

Gebühren überarbeitet werden.

Stadtrat Hog erinnert daran, dass der TUA hierüber bereits beraten hat. Dies sei bei der Gestaltung zu beachten.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder hält eine kostenneutrale Verwirklichung durch Einsparungen an anderen Stellen für ideal.

Bürgermeister Herdner antwortet, er sei immer offen für Einsparungen. Im Moment sei eine überplanmäßige Ausgabe jedoch unvermeidbar.

Herr Wekker stellt klar, dass die Planmittel derzeit zum größten Teil bewirtschaftet sind. Eine Finanzierung sei gegebenenfalls durch Mehreinnahmen der Gewerbesteuer möglich.

Bürgermeister Herdner teilt mit, dass die Anregung zur Einsparung für die weitere Arbeit mitgenommen wird.

Stadtrat Riesle sieht in der Maßnahme eine Investition für die nächsten Jahre.

Beschluss:

Die Firma Renner, Steinmetzmeister, Furtwangen, wird mit der Aufstellung von neun weiteren Urnenstelen auf dem Friedhof Furtwangen zum Preis von 40.500,00 Euro beauftragt.

Der Gemeinderat beschließt hierzu die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 36.890,00 Euro.

Abstimmungsergebnis: einstimmig Ja.

TOP 5 Örtliche Bedarfsplanung für die Furtwanger Kindertageseinrichtungen 2011/2012 Vorlage: GR 182

Bevor Frau Klein den Sachvortrag hält, informiert Bürgermeister Herdner darüber, dass im Kindergarten Regenbogen die Zahl der Anmeldungen vorläge, wenn auch Kinder darunter wären, die erst noch geboren werden müssten. Man habe diese Einrichtung in der Bedarfsplanung enthalten und hoffe, dass diese Kinder so auch kommen werden.

Frau Klein führt auf, dass durch die höhere Anzahl der Anmeldungen von Kleinkindern im Kindergarten Regenbogen sich auch die Zahl der Plätze für Kleinkinder von 65 auf 74 erhöhen werde. Die Anzahl laut Schulstatistik von Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren ergebe einen Bedarf von 270 Plätzen. Man gehe davon aus, dass dabei die Hälfte der Kann-Kinder eingeschult werden würde. Aufgrund der Anmeldungen von Kindern über 3 Jahren habe man 287 Kindergartenplätze vorgeschlagen. In dieser Zahl sei auch die Anzahl von Plätzen in altersgemischten Gruppen einbezogen, die für Kleinkinder genutzt werden könnte. Aufgrund der Aufnahme auch von Schulkindern speziell im Kindergarten St. Andreas wäre dieses Mal eine Betriebserlaubnisänderung notwendig.

Im Kindergarten Regenbogen habe es verschiedene Umbaumaßnahmen gegeben, so dass nun ein Kleinkindbereich und zwei Kindergartengruppen ermöglicht werden würden. Aufgrund der Räumlichkeiten könnten jedoch nicht mehr als 20 Kinder pro Gruppe betreut werden und auch hier hätte man deshalb die Betriebserlaubnis zu ändern. Beim Trägersgespräch habe man eine Anmeldung eines Kleinkindes vorgelegt, inzwischen

seien weitere Anmeldungen eingegangen. Man sehe von daher seitens der Verwaltung kein Problem mit der Fortsetzung der Kleinkindbetreuung in dieser Einrichtung.

Das Kinderhaus werde in Kooperation mit den Kindergärten Maria Goretti und St. Martin betrieben. Bisher hätte man zwei Gruppen untergebracht, die nun ins Kinderhaus umziehen würden. Für das neue Kindergartenjahr lägen 44 Anmeldungen vor, wobei vier im Platzsharing Plätze belegen würden.

Die Kooperation zwischen Maria Goretti und St. Martin habe sich bewährt. Weiterhin sei in dieser Einrichtung mit Unterstützung der HFU eine Kleinkindgruppe untergebracht und man sehe dort Auffälligkeiten hinsichtlich Kindern, die aus anderen Einzugsbereichen kämen. In dieser Einrichtung gebe es ein spezielles Angebot und Mittagessen. Ebenfalls untergebracht seien der Hort und die verlässliche Grundschule der Friedrichschule. Angedacht sei auch, im Kindergarten behinderte Kinder unterzubringen. Eventuell auch eine integrative Gruppe dort einzurichten.

Der Kindergarten in Schönenbach könnte mit seiner Gruppe so belassen bleiben, wie sie sei.

Beim Kindergarten St. Andreas läge eine Betriebserlaubnis für 35 Kinder in zwei Gruppen vor. Nun könne man 42 Kinder in zwei Gruppen unterbringen, wobei 17 in einer Regelgruppe untergebracht seien und 25 in einer altersgemischten Gruppe, um die Schulkinder einbinden zu können. 6 Kleinkinder seien angemeldet, die sich 5 Plätze teilen würden. Die Schulkinder würden den Regelbeitrag bezahlen. Dort beabsichtige man, diese Gebühren an die Hortgebühren anzugleichen.

Der Kindergarten St. Johann werde 15 Plätze vorweisen wie bisher.

Beim Waldkindergarten läge eine enge Zusammenarbeit mit dem Schulkindergarten der Bregtalschule vor. Es könnten 10 Kinder aufgenommen werden. Im vergangenen Jahr habe man mit weniger Kindern angefangen, jedoch im laufenden Kindergartenjahr die volle Anzahl an Kindern erreicht. Dieses Jahr habe man erst acht Anmeldungen, der Träger rechne jedoch damit, dass er auch in diesem Jahr eine volle Auslastung erreichen werde.

Das Angebot der TAPs sei nachrichtlich ebenfalls aufgeführt. Es gebe 15 Plätze für Kinder über 3 Jahren, wovon drei besetzt seien. Für Kinder unter 3 Jahren gebe es 12 Plätze, davon 8 belegt.

Herr Wecker erläutert anhand der Abrechnung aus dem Jahr 2010 die Finanzierung der Kindergärten. Anhand der ersten Folie zeigt er auf, dass 1,59 Mio. Euro Betriebsausgaben mit 30 % vom Träger der Einrichtung und mit 70 % seitens der Stadt getragen werden würden.

Anhand Folie 2 zeigt Herr Wecker die Trägerfinanzierung auf. 95 % würden seitens der Elternbeiträge erwirtschaftet, wobei an den Gesamtausgaben dies ein Betrag von 17 % darstellen würde. Die sonstigen Einnahmen seien eine Besonderheit der Einrichtung von Maria Goretti, die sich aufgrund der Kooperation mit der HFU ergeben würden. Der Eigenanteil der Träger belaufe sich im Durchschnitt auf 16 %, was 78.000,00 Euro entsprechen würde.

Auf der 3. Folie ist die Stadtfinanzierung dargelegt. Der Betrag von einer ½ Million Euro beinhaltet zum Einen 44% Landeszuschüsse und seit 2010 neu einen Anteil von 8% hinsichtlich des interkommunalen Ausgleichs. Dieser Betrag von 85.000,00 Euro werde von den Kommunen angefordert, aus denen Kinder in Furtwangen untergebracht seien. Es handle sich hierbei um 38 auswärtige Kinder. Der reine Eigenanteil der Stadt läge bei 48%.

Stadtrat Prof. Kühne hält die räumliche Situation der Einrichtungen für komfortabel, gibt aber zu bedenken, dass die Belegung sinke. Es würden Gerüchte kursieren, dass Kindergärten geschlossen werden sollten. Da man aber jedes Jahr neu betrachte und dies abhängig sei von der Belegung, könne der Gemeinderat bescheinigen, dass er seine Hausaufgaben gemacht hätte. Die Kosten für die Kinderbetreuung unter drei werde steigen.

Die eigentliche Finanzierung der Träger gegenüber der Stadt würde in einer kritischen Diskrepanz stehen. Hier erwarte er eine stärkere Beteiligung vor Ort von den Trägern. Auch den Eltern sollte klar gemacht werden, dass ihre Beteiligung keinen 100% entspreche, sondern lediglich 17%. Die Stadt sei zur Wirtschaftlichkeit gezwungen und dies müsse den Eltern klar gemacht werden.

Er stellt fest, dass die örtlichen Kindergärten attraktiv sein müssten im interkommunalen Angebot. Die Attraktivität steige und falle nicht mit dem Angebot, sondern den Öffnungszeiten. Es sei nicht mehr leistbar an allen Standorten und deshalb sollte man auch Kinder außerhalb des Wohnbereichs unterbringen können.

Erfreulich fände man die Entwicklung im Kindergarten Regenbogen, wenn dort nun voll sei. Es sollte unbedingt eine stärkere Beratung der Eltern erfolgen, wenn noch woanders Plätze frei werden, um so neue Gruppeneröffnungen zu vermeiden.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder erteilt sein Lob für die gute Darstellung. Er hält die Situation in den derzeitigen Kindergärten für ein gutes Zeichen, wenn auch dezentral eine Auslastung erfolge. Auch für den Kindergarten Regenbogen sei es gut, wenn er durchstarten könne. Er halte verschiedene Öffnungszeiten entsprechend den verschiedenen Elternbedürfnissen für wichtig.

Er stellt eine Diskrepanz bezüglich der Aussage im Sachverhalt auf Seite 2 der Drucksache fest, dass in Absprache mit dem katholischen Kindergartenträger festgelegt worden sei „dass einheitlich in den drei Kindergärten in den Ortsteilen jeweils die Betreuung von Kleinkindern ab zwei Jahren möglich sei“.

Was das Thema Inklusion betreffe, sollte man vorher wissen, bevor man einsteige, wo man dies machen wolle. Dies sollte genau betrachtet werden.

Die Darstellung, dass die Kinderbetreuung in Schönenbach und im Schwesternwohnheim von Kleinkindern integrierbar war, unterstütze ihre Auffassung, die sie schon immer gehabt hätten, dass dies dort zu integrieren gewesen wäre.

Der langfristige Bedarf stünde bei 100 Kindergartenplätzen und man müsste sich dem TAPs-Thema annehmen, wenn man diese stärker einbinden könne. Hier erfordere es neue Ansätze. Die Räumlichkeiten würden dann nicht ausreichen und man werde 2012 noch nicht wissen, wie es weiter gehe. Er bittet darum, die Zahl der Auslastung der einzelnen Einrichtungen vom Vorjahr zu ergänzen.

Frau Klein erklärt, dass die Anmeldungen und die Auslastungen regelmäßig fortgeschrieben werden würden.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder plädiert dafür, dass dies dokumentiert werden solle.

Frau Klein nimmt bezüglich der Diskrepanz Stellung. Die Aussage, dass in den Kindergärten der Ortsteile Kleinkinder ab zwei Jahren betreut werden könnten, sei eine Anregung vom Träger gewesen. Hintergrund sei, dass ganz Kleine eine feste Bezugsperson benötigen würden. Bei größeren Gruppen würden die kleinen Kinder eher mitlaufen. Es sei deshalb sinnvoll, dass diese Kleinen in kleineren Gruppen untergebracht werden würden. Es war bisher schon die Regelung, dass Kinder mit 2,9 Jahren quasi in einer Eingewöhnungsphase in den Einrichtungen aufgenommen werden könnten.

Die Räumlichkeiten im Schwesternwohnheim und in Schönenbach, die bisher für die Betreuung von Kleinkindern genutzt worden seien, seien realistisch nicht möglich. Die Betriebserlaubnis sei nur befristet erteilt worden im Hinblick auf den Umzug ins Kinderhaus. Ansonsten hätte man eine derartige Betriebserlaubnis nicht erhalten.

Hinsichtlich des Themas „Ausbau auf 100 Plätze“ erklärt Frau Klein, dass es sich um einen zeitlichen Bedarfsplan handle, der jedoch jährlich fortgeschrieben werde und sich

daraus der tatsächliche Bedarf ergeben würde. Vielleicht ergebe sich bis dahin ein Bedarf von 90 Plätzen, vielleicht aber auch von 134. Für die Betreuung von Kleinkindern bestünden das Kinderhaus, der evangelische Kindergarten Regenbogen, die Plätze von TAPs und auch altersgemischte Gruppen zur Verfügung. Vieles werde man beobachten müssen und man habe sich es auf das Programm geschrieben, TAPs mit zu integrieren und ebenfalls Platzsharing als Alternative anzubieten.

Bürgermeister Herdner versichert, dass man die Anmeldungen von Kindern unter zwei Jahren in den Ortsteilen beobachten werde. Man wolle dies nicht dem Träger in die Hand geben. Hier sei es wichtig, auf Sicht zu fahren, abhängig von der Entwicklung. Andererseits sei es in diesem Bereich so, dass man eine steigende Zahl von Kindern U3 bekommen werde und man müsse beobachten, wie sich die Gesamtzahl der Kinderzahl verändere. Er selbst gehe davon aus, dass es im Bereich Ü3 weniger Kinder werden würden. Derzeit müssten im Kindergartenbereich für die Betreuung eines Kleinkindes zwei Plätze zur Verfügung gestellt werden. Man müsse beobachten, wo dies hinführe. Hinsichtlich des Themas Inklusion wisse man noch nicht, wohin die Reise gehen werde. Man habe in Furtwangen Möglichkeiten, mit diesem Thema umzugehen.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder meint, es könne nicht sein, dass man den Elternwillen außer Acht lasse. Die Trägervielfalt sei im Papier verdeutlicht.

Auch Stadtrat Hog dankt für die Vorlage und freut sich, dass der Kindergarten Regenbogen es schaffe, die Mindestzahl an Kleinkindern zu erhalten. Er freue sich auch über die gute Belegung des Kinderhauses. Auffallend sei, dass die Belastung der Eltern steigen werde. Man müsse damit vorsichtig umgehen. Es sei für manche Eltern schwierig, die Beiträge in den Kindergärten zu leisten.

Bürgermeister Herdner hält es für eine Diskrepanz, wenn man etwas haben wolle und es sich nicht leisten könne. Seitens der Stadt fordere man 20% Elternbeiträge, jetzt läge man bei 17%, also darunter. Die Leistung für 10 Stunden Kinderbetreuung habe man in einem Betrag festgelegt, der nicht zu viel sei.

Stadtrat Jung stellt fest, dass man gerne aufgenommen habe, dass der Bedarf in den Ortsteilen beobachtet werde. Man sei angehalten, dies jährlich zu überprüfen und es sei viel Stimmungsmacherei dabei. Die Eltern sollten stärker beraten werden, damit erst bestehende Gruppen aufgefüllt werden könnten, bevor man Neue anfangen. Das Thema Inklusion werde kommen, aber man solle keinen Vorreiter spielen. Auch dürfe man keinen Weg gehen, den man nicht gehen könne. Hier sei Geld für Umbaumaßnahmen erforderlich.

Beschluss:

1. Der örtliche Bedarf für das Kindergartenjahr 2011/2012 wird mit 287 Kindergartenplätzen und 74 Plätzen für Kleinkinder festgestellt.
2. Diese Plätze verteilen sich wie folgt:
 - a) **Kindergarten Regenbogen**
40 Plätze in 2 Gruppen (2 Regelgruppen)
1 Krippengruppe mit 10 Plätzen
 - b) **Kinderhaus**
4 Krippengruppen mit je 10 Plätzen
 - c) **Kindergarten Maria Goretti/St. Martin**
160 Plätze in 8 Gruppen
(4 altersgemischte Gruppen im Regelbetrieb, 2 Ganztagsgruppen, 2 altersgemischte Gruppen bei allen Öffnungszeiten)
10 Plätze für Kleinkinder (Kooperation HFU)

- d) Kindergarten St. Nikolaus, Schönenbach
25 Kinder in 1 Halbtagsgruppe mit längeren Öffnungszeiten
 - e) Kindergarten St. Andreas, Neukirch
37 Kinder in 2 Gruppen (1 altersgemischte Regelgruppe mit 12 Kindern zzgl. 5 Plätze für Kleinkinder; 1 altersgemischte Gruppe mit 25 Kindern). Nachmittags ist eine Gruppe geöffnet.
 - f) Kindergarten St. Johann, Rohrbach
15 Plätze in 1 Kleingruppe, Halbtagsgruppe mit längeren Öffnungszeiten
 - g) Waldkindergarten
10 Plätze in 1 Kleingruppe, Gruppe mit verlängerten Öffnungszeiten
3. Der Aufnahme von Schülern im Rahmen des ergänzenden Betreuungsangebotes zur Verlässlichen Grundschule für das Schuljahr 2011/2012 in den Kindergärten Regenbogen, St. Andreas und St. Johann wird zugestimmt. Schulkindbetreuung findet im Rahmen von freien Kindergartenplätzen statt. Es wird jeweils der volle Kindergartenbeitrag für das Kindergartenjahr erhoben.
4. Der Gemeinderat behält sich beim Kindergarten Regenbogen vor, nach Beginn des Kindergartenjahres 2011/2012 die angemeldete Kinderzahl der Kleinkinder erneut abzufragen und bei Nichterreichen der vertraglich festgelegten Mindestkinderzahl erneut über die Aufnahme der Krippengruppe in die örtliche Bedarfsplanung 2011/12 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja (einstimmig).

TOP 6 Bekanntgaben, Anträge und Anfragen

Stadtrat Ebeling stellt den Antrag auf Kostenaufstellung für einen Kreisverkehr am Linacher Kreuz. Er möchte keinen tödlichen Unfall dort aufnehmen müssen. Der VdU unterstütze seinen Antrag.

Bürgermeister Herdner sagt die Kostenaufstellung zu.

Stadtrat Riesle bittet Bürgermeister Herdner, den Azubis der Stadt Furtwangen großes Lob für die Organisation des Kinderfestes und die Durchführung auszusprechen, im Namen des ganzen Gemeinderates. Er wünscht sich, dass das Kinderfest für die Zukunft beibehalten wird.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder beantragt, die Schulbezirke für das Gebiet Raben/Ilben aufzuheben.

Stadtrat Biehler fragt nach, ob die Poller im Bereich Tabak-Glück defekt seien. Er hält die Stelle für gefährlich. Es würden öfter Kinder hier am Wasser spielen. Eventuell könnten Blumenkübel anstelle der Poller aufgestellt werden.

Stadtrat Ebeling teilt mit, dass der mittlere Poller defekt sei. Die anderen Poller funktionierten nur, wenn der mittlere Poller ebenfalls in Betrieb sei. Diese Aussage habe er vom Bauhof erhalten.

Stadtrat Kern teilt mit, dass trotz Verbots des Öfteren Autofahrer vom Rössleplatz Richtung Marktplatz einfahren würden. Dies sei oft auf Navis zurückzuführen. Er bittet darum, in einer Verkehrsschau zu klären, ob diese Einbahnstraße erforderlich sei. Im Navi sei der Kreisverkehr beim REWE ebenfalls mit enthalten.

Stadtrat Prof. Kühne fragt nach den Entwicklungsmöglichkeiten von Gewerbeflächen in Furtwangen. Er wünscht sich dieses Thema als Tagesordnungspunkt auf der nächsten Gemeinderatsitzung.
Dies sagt Bürgermeister Herdner zu.

Stadtrat Prof. Kühne möchte wissen, ob in diesem Jahr auf dem Marktplatz eine Bewirtung („Beach und Bier“) stattfindet.
Bürgermeister Herdner antwortet, der Interessent hätte weiteres Personal benötigt und bisher nicht finden können.
Darauf antwortet Prof. Kühne, dass derjenige in diesem Fall das Projekt an die Stadt hätte zurückgeben müssen.

Stadtrat Jung fragt nach, ob die Angebote in der Kulturwoche verdoppelt werden sollen.
Darauf entgegnet Bürgermeister Herdner, dies sei für ihn neu. Bisher hätten nur Gespräche mit den Vereinen stattgefunden, die sich im letzten Jahr beteiligt hätten. Es werde zur Veranstaltung „Kulturwoche“ eine weitere Sitzung geben, jedoch sollten zunächst die im letzten Jahr beteiligten Vereine zum Zug kommen.

Stadtrat Hog erkundigt sich nach dem Stand der Reparaturarbeiten an der Bregstraße.
Bürgermeister Herdner antwortet, diese sei ausgeschrieben. Es bestünde ein enger Kontakt zum Regierungspräsidium Freiburg. Das Thema solle in der kommenden Gemeinderatsitzung behandelt werden.

Bürgermeister Herdner erinnert an die Jubiläumsfeier am kommenden Donnerstag „10 Jahre Waldkindergarten“ um 17.00 Uhr.

Die Richtigkeit der Niederschrift Nr. 6 wird beurkundet.

.....
Josef Herdner
Bürgermeister

.....
Dirk Ebeling
Stadtrat

.....
Angela Klein
Schriftführer

.....
Odin Jäger
Stadtrat